

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 32 (1942)
Heft: 33

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Im Vorfeld des Oelgebietes

Die Truppen der Achsenmächte erreichen das Oelgebiet, das in bezug auf Ergiebigkeit und Qualität als wertvoll bezeichnet werden kann. Die Erdölvorkommen von Maikop sind die drittgrössten von Russland und erstrecken sich etwa von Abseronskaja in nordwestlicher Richtung bis auf die Halbinsel Taman. Der Rückzug der russischen Truppen in diesem Gebiet ist verständlich, da ein Halten der Achsenmächte nicht möglich erscheint, so lange die Bedrohung über das Asowsche Meer gegeben ist.



Immer bedrohlicher wird für Sowjetrussland und damit für die Alliierten überhaupt die Situation in Südrussland. Hinter der Armee Timoschenkos steht die Kaukasus-Armee in Bereitschaft, die das Vordringen der Achsenstruppen nach dem Kaspischen Meer verhindern und die riesigen Oelquellen von Baku vor dem Zugriff der Angreifer schützen soll. Diese Armee zu stärken ist gegenwärtig die Hauptaufgabe der angelsächsischen Alliierten der Russen. Ueber den Persischen Golf erfolgen die Transporte von Bandar Schapur per Bahn und per Autos über Schatt-el-Arab nach Ahwaz und von dort mit der transiranischen Bahn weiter nach Sowjetrussland. – Unser Bild zeigt riesige Bahntransporte mit englischen Lokomotiven auf dem Bahnhof von Ahwaz. (ATP.)

POLITISCHE **R**UNDSCHAU

Ein Problem aus dem letzten Krieg

Es scheint wie gestern zu sein, dass wir in der „Berne-Week“ über dieses Problem sprachen, und doch sind es mehr als 25 Jahre her: Ueber das *Problem der Wohnungs-Verknappung, im Zusammenhang mit der Verteuerung des Bauens einerseits, der Stoppung der Mieten andererseits*. Und wieder, wie damals, haben wir festzustellen, dass sich hier zwei wirtschaftliche Prinzipien bekämpfen. Auf der einen Seite steht die Forderung, den Mieter vor einer neuen Verteuerung der Lebenshaltung zu schützen, den von der allgemeinen Preishausse bisher verschonten „Wohnungssektor“ gegen den drohenden Einbruch zu sichern. Auf der andern Seite steht die Wirtschaft mit ihren Gesetzen, die nun einmal eine Produktionsdrosselung bringen, falls der Preis für das hergestellte Produkt, in diesem Falle der Mietzins, nicht eine bestimmte Höhe erreicht. Vor fünfundzwanzig Jahren stellten wir uns auf den Standpunkt, entweder müsse man konsequent das eine oder andere Prinzip anwenden. Das heisst, man müsse mit dem Stoppen der Mietzinsenernst machen... oder das Gesetz von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt frei wirken lassen.

Natüremässig ist die damalige und auch die heutige Praxis auf einen Kompromiss gekommen. Mietzinsserhöhungen müssen „begründet sein“. Der Hausbesitzer muss nachweisen, dass seine Auslagen bei Umbauten und Erneuerungen ihm nicht mehr erlauben, eine Wohnung zum bisherigen Zinse zu vermieten. Höher als die „begründete Steigerung“ darf er nicht gehen. Neubauten aber werden entsprechend den Baukosten vermietet. Somit scheint der Weg gefunden zu sein.

Und dennoch klagen die grossen Städte, nicht nur Bern, über drohende Verknappung des Wohnungsangebots und stellen fest, dass die *Bauprojekte, die bewilligt werden, mehr die Metallindustrie und die Chemie betreffen als die Wohnbauten*. Es scheint also nicht bei dem bleiben zu können, was man zum „Weiterdauern des Bauens“ tut. Nicht nur der Mieterschutz, sondern auch das geschwundene Realeinkommen bieten dem Steigen der Mieten, mittelbar, ein Halt! Was demnach kommen müsste, ist klar: Eine Steigerung der Realeinkommen überhaupt. Aber wie? Etwas anderes wäre vielleicht möglich: Eine „Mieten-Ausgleichskasse“... ein bescheidener Aufschlag auf alle „Alt-Mieten“ zugunsten der neuen, wenigstens dort, wo nicht der Mieter in einem Neubau dadurch aufreizende Vorteile auf Kosten des „Altbau-Mieters“ erhielt. Wenn einer in einem anno 1938/39 gebauten Hause bald einmal nur noch halb so teuer wohnen wird wie der, welcher sich in einem 1942 er Bau einmietet, dann liesse sich ein solcher Ausgleich befürworten. Die Solidarität ist auch ein Gesetz. Wenn man sagen will, sie sei „keine volkswirtschaftliche Grösse“, dann ist zu antworten, dass es nicht nur „Volkswirtschaft“ gibt!

Geheimnisvolle Vorgänge

Das Rätselraten um die Vorgänge in Moskau, das nun seit einer Woche andauert, begann mit einer *Stockholmer Meldung aus Lissabon*, wonach sich der britische Premier Churchill nach Moskau begeben habe. Es wurde fortgesetzt nach einer sehr kurzen Geheimsitzung sowohl im britischen Unterhause als auch im Oberhause. Die Galerien wurden geräumt, wenige Minuten nachher war die Sitzung schon beendet. Daraus schloss die instruierte Welt, „vielleicht“ habe man den Parlamentariern von diesem Moskauerfluge

Churchills Mitteilung gemacht. Da London gar nichts dementierte oder auch nur als „unzutreffend“ erklärte, begann der Schweif der Gerüchte zu wachsen. Vermutungen wurden laut, möglicherweise habe es sich um Indien gehandelt. Aber die

Vorgänge in Indien

waren zu sichtbar und in ihrer Tragweite allzu deutlich, als dass man daraus im britischen Parlament Geheimnisse machen musste. In der „*Resolution von Wardhar*“ wurde auf Antrag Gandhis beschlossen, *die Engländer zur Niederlegung der zivilen Gewalt im Lande aufzufordern*. Die indische Regierung antwortete mit einem Akt der *Diskriminierung Gandhis*: In seinem ersten Resolutionsvorschlag habe er *Verhandlungen mit Japan vorgeschlagen*. Nach Annahme der Resolution erklärt die Regierung, die Fassung des weltgeschichtlich bedeutsamen Dokumentes bedeute eine Täuschung der ganzen Welt. Man habe insgeheim dem ersten, nicht dem offen bekanntgegebenen Entwurf Gandhis zugestimmt, sei also zu Verhandlungen mit dem Feinde bereit und übe Verrat am Empire. Am vergangenen Montag sassen Gandhi und 53 Kongressmitglieder in Haft. Die Festnahmen dehnten sich auf alle greifbaren Führer aus. Ueber die Täuschung und den Verrat wird indessen nicht weiter gesprochen. Im Zentrum der Regierungserklärung von Neu Delhi steht eine andere Erwägung. Wenn Indien auf Antrag des inhaftierten Gandhi und seiner Kongressleute den zivilen Ungehorsam mit eintägigem Generalstreik beginnt und mit jeder möglichen Sabotage fortsetzt, bedeutet dies dasselbe, was die Niederlegung der zivilen Gewalt erreichen würde: Die Anarchie. Die indischen Parteien sind nicht der Kongress. Mag sich eine „provisorische Regierung“ bilden, welche mit London, Washington und Tschungking über ihre Anerkennung und hernach die Teilnahme Indiens am Kriege gegen die Achse verhandelt... die Mohammedaner sind darin nicht vertreten und werden Opposition machen. Und es steht zu befürchten, aus diesem Gegeneinander der Parteien entwickle sich der Bürgerkrieg und die Atmosphäre, in welcher die Japaner erfolgreiche Einfälle nach Indien organisieren könnten.

Interessant ist, dass Gandhi und der Kongress mit der Verhaftung rechneten, dass also ihre Festnahme als Signal für den Kampf zugleich mit der Resolutionsannahme festgelegt war. Gandhi plant den Hungerstreik „bis zu seinem eventuellen Tode“. Das Vertrauen auf die moralische Wirkung solcher Akte steht im krassen Gegensatz zu allen bekannten Kriegs- und Kampfmethoden des Westens, und es ist kein Wunder, wenn man dem Mahatma Verrat zutraut und hinter seinem „friedlichen Ungehorsam“ die grösste Schlaueheit vermutet. Zu allem, was man von ihm weiss, ist viel eher anzunehmen, der alte Asket traue sich zu, über die Militaristen in Tokio mehr zu vermögen als andere Sterbliche und sie am Ende gar zu einer völlig neuen Haltung gegenüber China zu bestimmen.

Japans Absichten gegenüber Russland

Indessen sind möglicherweise der Inhalt der Moskauergespräche, und dass man die Vermutung, die Geheimsitzungen in London könnten Indien betreffen, so rasch aufgab, beruhte in erster Linie auf den *Reisen der britischen und amerikanischen Diplomaten von Kuybischew nach Moskau*. Es ist durchaus denkbar, dass zwischen den indischen Vorgängen und weittragenden japanischen Entschlüssen Zu-

sammenhänge bestehen, die sich der Weltöffentlichkeit entziehen. Der indische Kongress wählte zum Losschlagen bestimmt nicht einen Moment, der ihm als „nicht geeignet“ vorkam. Welcher Moment aber wäre günstiger als einer, der die schärfste Zuspitzung des Weltkonfliktes brächte? Und könnte man sich vorstellen, der „totale Krieg der Kontinente“ lasse sich höher steigern als durch den japanischen Rückenangriff gegen die schwer bedrängten Russen? Japan vor *Wladiwostock* und im Ansturm gegen die *äussere Mongolei* und *Irkutsk*, dies in einem Augenblicke, wo die britischen Armeen in Vorderasien gezwungen sein könnten, zugunsten der Russen in Kaukasien einzugreifen... worauf hätten die Hindus noch zu warten? Schlussendlich bezweckt Gandhi die Erringung der Unabhängigkeit, nicht die Rettung des britischen Empires, und das Versprechen Londons, Indien diese Unabhängigkeit nach dem Kriege zu „schenken“, gibt dem Kongress gewissermassen das moralische Recht, die Entwicklung zu beschleunigen, vor allem dann, wenn die Erfahrungen Zweifel an der britischen Aufrichtigkeit erlauben, d. h. wenn sich die Hindus sagen, es werde nach einem angelsächsischen Siege anders tönen.

Worüber haben nun die amerikanischen, britischen und russischen Diplomaten und Militärs in Moskau zu beraten, falls es sich um die bevorstehende japanische Invasion handeln sollte? Und worüber müsste auch Churchill mitzubestimmen suchen, falls er in Moskau und nicht vielleicht in Neu-Delhi weilt? Die ungeheure Bedeutung des angedeuteten Ereignisses drängt sich von selbst auf. Amerika gewänne mit einem Schlage die Basis für riesige Luftangriffe auf die japanischen Inseln. Nicht mehr die zerstreuten japanischen Flugplätze in China, sondern die leicht zerstörbaren Riesenstädte Nippons würden militärisch lohnende Ziele sein. Der Einsatz der amerikanischen Luftflotte im Osten würde jedoch bedeuten, dass die bisher bekannt gegebenen Absichten im Westen revidiert werden müssten. An Stelle der These einer vorgängigen Niederwerfung Deutschlands, an Stelle der verheissenen „zweiten Front im Westen“ träte die neue, welche eine rasche Niederwerfung Japans voransetzte. Die plötzlich aufflammenden Kämpfe um die kleinen Aleuten-Inseln *Kiska* und *Attu* können schon der Auftakt der neuen Aktionen sein. Zu Lande werden die Amerikaner den Russen im Osten nicht helfen, die Engländer ebensowenig. Dies steht fest.

Die These von den „innerrussischen Krisen“

endlich ist die dritte, welche im Verlaufe der Vermutungen auftauchte. Man kann sie nicht von der zweiten trennen, denn akut müsste eine allfällige Verwirrung in Moskau erst werden, wenn zur verschlimmerten militärischen Lage im Westen der neue Angriff im Osten käme.

Was könnte denn in Sowjetrussland los sein? Aus Amerika kamen seit ungefähr drei Wochen bestimmte Warnungen. Wenn Russlands Widerstandskraft zerbreche, wenn das Land einen ähnlichen Waffenstillstand wie Frankreich vor zweieinviertel Jahren schliessen müsste, dann ständen die Alliierten vor einer neuen, furchtbaren Situation. Das heisst: Sie hätten auf einmal neben der Gefahr zur See auch die ganze riesige deutsche Landmacht vor sich. Niemand würde verhindern, dass jählings die ganze „vorderasiatische Lawine“ ins Rollen käme und dass Berlin Frankreich und die Türkei mitschrisse. Das käme einer *Bedrohung Afrikas auf der ganzen Breite* und damit einem Hinauswurf der Angelsachsen aus der ganzen östlichen Halbkugel gleich. Ein anderer amerikanischer Sachverständiger nannte als Frist, den Krieg zu gewinnen oder zu verlieren, die „nächsten hundert Tage“. Man fragt sich, welche Beobachtungen die amerikanischen Diplomaten in Moskau und anderswo machten, dass dergleichen Erwägungen den Weg in die amerikanischen Blätter fanden.

Vielleicht gibt uns der „geheime Befehl Stalins“, welcher

in Berlin veröffentlicht wurde, einige Anhaltspunkte. Dieser Befehl verlangt Einstellung der Rückzüge und deckt sich mit dem bekannten „Keine Rückzüge mehr“, das auch öffentlich verkündet wurde und als „Ende der elastischen Rückwärtsbewegung“ angesehen worden war. Im „Geheimbefehl“ wurde indessen die „Rückzugsstimmung“ geisselet und dem Soldaten gesagt, dass der Verlust der jetzt verteidigten Stellungen soviel bedeute wie die Abschneidung von allem Brennmaterial, von wichtigsten Nahrungsquellen, Verkehrswegen und Rohstoffen. Nun kann man sich fragen, ob hier ein propagandistisch aufgemachtes Schriftstück publiziert wurde. Man wird sich jedoch auch sagen müssen, dass ein sehr schwerer Einbruch in die russische Basis der Kriegführung entstünde, in die Wirtschaft, wenn Stalingrad fiel. Der Verlust des Kubangebietes mag erträglich sein... Stalingrad in deutscher Hand, käme einem Schnitt in die Schlagader gleich und liesse sich nur sehr schwer durch die *Umleitung der Transporte durch die transkaspischen Steppen* oder über die Kaspisee nach den *Mündungen des Ural* und *Emba* kompensieren.

An Hand dieser Erwägungen versteht man erstmals die Gerüchte über russische Separatfriedenswünsche, welche schlimmere Konzessionen an Berlin als seinerzeit in West Litowsk brächten. Und wenn sich die Phantasien bis zur behaupteten Absicht der Alliierten, einen Umsturz herbeizuführen und eine „demokratische Monarchie“ aufzurichten, verdichten, ist es kein Wunder. Doch sind dies Phantasien, und die Frage einer

Krise um Stalin und Timoschenko

hängt wohl weit eher mit der *militärischen Lage* als mit Verschwörungsplänen der Engländer und Amerikaner zusammen. Stalins Ruhm, dies sagten wie das letztmal, hängt eng mit Stalingrad zusammen. Timoschenko aber war vor 23 Jahren der Mitverteidiger dieses Zentrums gegen die „Weissen“. Stalin kann diesen engsten Freund nicht fallen lassen, auch wenn er trotz Befehl des Diktators weitere Gebiete verloren hat. Ob sich der russische Generalstab deswegen mit Stalin überwerfen könnte, darüber haben wir keine Anhaltspunkte. Darum aber könnte es, wenn man von einem Wirklichkeitsgehalt der Gerüchte spricht, einzig gehen.

Die andere Seite der Vermutungen, welche einen bolschewistischen Separatfrieden fürchtet, braucht zu ihrer Ergänzung etwas anderes: Den *alten russischen Verdacht*, die *Angelsachsen könnten die Absicht haben, Moskau zu opfern*. Und so kommt man schliesslich auf die *nächstliegende Verdichtung der Vermutungen*, nämlich jene, dass *Moskau die Alliierten etwas ganz Bestimmtes habe wissen lassen*. Etwas, das dem britischen Unterhause mitgeteilt wurde, und das mit dürren Worten lautete: „Wir verlangen innert der und der Frist die Errichtung der zweiten Front, unbekümmert darum, was die Japaner oder die Hindus anstellen könnten“.

Der Hinweis auf die Lage, welche sich an der *russischen Südfront* herausgebildet hat, muss kategorisch ein solches Verlangen unterstützen. Die Russen brauchen nicht einmal Drohungen anzufügen, sie brauchen den Verbündeten nur zu sagen, was von selbst geschieht, wenn die Entwicklung gradlinig weitergeht. Das heisst, es dürfte feststehen, dass Russland, ob mit oder ohne ein „zweites Brest Litowsk“, als offensive Macht ausgeschaltet werden könnte, falls der Kaukasus von Innerrussland abgetrennt wäre.

Noch ist es lange nicht so weit. Noch hält sich die *Donkniestellung*, noch wird *zwischen Kalatsch und Kotelnikow bis an die Ergehöhhen* wild weitergekämpft, noch steht das Ringen um den westlichen Kaukasus erst bevor, nachdem die Deutschen über *Kropotkin die Oelgegenden von Maikop* und *Krasnodar* erstürmt und zugleich an der *Bakubahn Pjatigorsk* und *Georgjewsk* überrannt haben. Droht der Zusammenbruch der Südwestfront?